

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**
zur Kenntnis im **Jugendgemeinderat**
zur Kenntnis im **Integrationsrat**

Betreff: **Workshop Erinnerungskultur**
Bezug: 28/2021, 102/2021, 527/2021
Anlagen: Dokumentation Workshop Erinnerungskultur

Zusammenfassung:

Die Verwaltung hat am 16.10.21 einen ganztägigen Workshop mit Akteur_innen der Erinnerungskultur durchgeführt. Im Mittelpunkt standen drei Themenfelder:

- Vorstellung und Vernetzung der verschiedenen in diesem Feld tätigen Gruppen
- Bedarf an Räumlichkeiten, Finanzierung und Personalbedarf für ein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus (LDNS)
- Inhaltliche Ausrichtung und Ziele eines LDNS

Die Vorstellung der verschiedenen Gruppen, Vereine und kommunalen Einrichtungen zeigte eindrucksvoll die Vielfalt und Vielzahl der Aktivitäten im Bereich der NS-Erinnerungskultur, die es in Tübingen gibt. Bezüglich des LDNS blieben allerdings viele Fragen offen. Es konnte lediglich geklärt werden, dass die Räumlichkeiten im Alten Güterbahnhof dafür nicht geeignet sind.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	HH-Plan 2021
DEZ01 THH_4 FB4	Dezernat 01 BM'in Dr. Daniela Harsch Kunst und Kultur Kunst und Kultur			EUR
2810 Sonstige Kulturpflege		14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-245.220
			<i>davon für diese Vorlage</i>	<i>-5.000</i>

Für Moderation, Catering etc. wurden rund 5.000 Euro aufgewendet. Die finanziellen Mittel werden auf dem Produkt 2810 „Sonstige Kulturpflege“ bereitgestellt.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Im Interfraktionellen Antrag (AL/Grüne, SPD, CDU, Die Linke) 527/2021 wurde die Organisation eines Workshops beantragt, der u.a. die „verschiedenen Akteure vernetzen und vorstellen“ sowie noch einmal die „Eignung des Standortes Güterhalle für ein LDNS prüfen“ sollte. Insbesondere sollten auch Kooperationsmodelle mit der Stadtverwaltung, vor allem dem Stadtarchiv, geprüft werden.

Eingeladen wurden folgende Organisationen, Gruppen, Vereine und kommunale Einrichtungen: ACK (Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen Tübingen), BAF (Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte e.V.), Förderverein für jüdische Kultur e.V., Geschichtswerkstatt Tübingen e.V., LDNS e.V., Marsch des Lebens e.V., Stadtarchiv, Stadtmuseum, Stolpersteininitiative, vhs Tübingen e.V., VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten). Auf Wunsch der Linken wurde zusätzlich der DGB und auf Wunsch der SPD Prof. Hans-Joachim Lang (Universität Tübingen, Ludwig-Uhland-Institut) und die Anwohnerinitiative „Güterhalle für alle“ eingeladen. Außerdem wurde Prof. Wolfgang Sannwald (Universität Tübingen, Ludwig-Uhland-Institut und Kreisarchiv) im Antrag ausdrücklich gewünscht.

Die Stadtverwaltung hat zudem noch Prof. Johannes Großmann (Universität Tübingen, Institut für Zeitgeschichte, Vorsitzender Kommission Straßen(um)benennungen) und Prof. Benigna Schönhagen (Universität Tübingen, Institut für geschichtliche Landeskunde; Gräberfeld X) eingeladen, weil es sich hierbei um aktuelle Kooperationsprojekte zwischen der Stadtverwaltung und der Universität handelt. Die israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg war durch David Holinstat vertreten.

Außerdem waren der Integrationsrat, der Jugendgemeinderat und der Gemeinderat eingeladen.

Insgesamt nahmen fast 50 Teilnehmer_innen am Workshop teil. Die Stadtverwaltung war durch die Bürgermeisterin Dr. Daniela Harsch, die Fachbereichsleitung, die

Fachabteilungsleitungen von Stadtarchiv, Stadtmuseum und der Abteilung Kunst, Kultur und Internationale Beziehungen und weitere Mitarbeiter_innen vertreten. Entschuldigt waren die ACK, BAF, die Initiative Güterhalle für alle und die Fraktion Tübinger Liste.

2. Sachstand

2.1. Vorstellung der Akteure, ihrer Ziele und Bedarfe

Vormittags präsentierten sich die verschiedenen Gruppen zu folgenden Fragestellungen: Ziele, Arbeit (z.B. Veranstaltungen, Projekte, Forschung, Pflege von Orten...), räumliche und personelle Infrastruktur, Kooperationen (u.a. auch inhaltliche und personelle Überschneidungen), Finanzierung. Die detaillierten Präsentationen können dem angehängten Protokoll entnommen werden.

Zusammenfassend lassen sich folgende Themenfelder identifizieren, die für alle Gruppen eine wichtige Rolle spielen:

Räumliche Infrastruktur

Es fehlt fast allen Initiativen, auch den städtischen Abteilungen Archiv und Stadtmuseum, an räumlicher Infrastruktur. Es gibt zum Beispiel keine ausdrücklich für die Erinnerungskultur vorgesehenen Räume, in denen Gruppen von Schüler_innen oder Studierenden arbeiten könnten oder bei einer Führung eine Station für Gruppenarbeit eingelegt werden könnte. Auch das Archiv und das Stadtmuseum haben keine Räumlichkeiten, die von mehr als zehn Personen genutzt werden könnten. Wichtig für alle wäre auch ein Veranstaltungsraum für Vorträge, Lesungen etc. Solche Räume können zwar angemietet werden (z.B. vhs), stehen aber nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung.

Für Wechsellausstellungen bieten sich Räume z.B. in der vhs oder im Stadtmuseum an, auch in der Glashalle des LRA werden immer wieder Ausstellungen zu Themen der Erinnerungskultur präsentiert. Diese Ausstellungsflächen sind jedoch sehr stark gefragt und die Veranstalter stehen in Konkurrenz zu Bildenden Künstler_Innen. Mit der mangelnden Verfügbarkeit von Räumen zeigt sich ein grundsätzliches Tübinger Problem, das bereits in der Kulturkonzeption 2012 und auch deren Evaluation 2018 formuliert ist. So wurde zum Beispiel das Stadtarchiv nur interimistisch im Rathausblock (Benutzung) und in Kirchentellinsfurt (Bestände) untergebracht. Eine endgültige Lösung des Problems wurde verschoben. Dies betrifft nicht nur die Erinnerungskultur, sondern alle Sparten gleichermaßen.

Zielsetzungen

Die von allen Gruppen genannten Ziele beziehen sich im Wesentlichen auf drei große Themenfelder: Erinnern, Aufarbeiten, Vermitteln. Allen Akteur_innen ist es wichtig, vor allem jüngere Generationen zu erreichen. Die genannten Ziele sollen in erster Linie durch Veranstaltungen (Vorträge etc.), Publikationen, Führungen, Projekte (z.B. Stolpersteine) und Ausstellungen erreicht werden.

Kooperationen

Fast alle Akteur_innen, Einrichtungen und Vereine kooperieren untereinander. Vielfach sind Personen in mehreren Vereinen aktiv tätig, wie zum Beispiel beim LDNS und in der Geschichtswerkstatt. Kooperationen bei einzelnen Projekten bestehen zum Beispiel auch mit der Universität, einzelnen Kirchengemeinden oder dem Weltethos-Institut. Der Marsch des Lebens ist Kooperationspartner von Yad Vashem in Israel.

Finanzierung

Die Haushalte der meisten Vereine setzen sich aus einer Mischfinanzierung zusammen: kommunale und Landeszuschüsse, Drittmittel (z.B. Stiftungen), Mitgliedsbeiträge, Spenden und Eigenmittel. Auch die städtischen Einrichtungen sind bei Projekten wie dem queeren Forschungsprojekt des Archivs oder der Einrichtung des Discovery-Rooms im Stadtmuseum auf Drittmittel angewiesen.

2.2. LDNS

Am Nachmittag hatte der Verein LDNS die Gelegenheit, sein Vorhaben vorzustellen und über die Eignung des Standortes Güterhalle zu sprechen. Eine Begehung des Kellers, der als Alternative zur eigentlichen Güterhalle gedacht war, hatte ergeben, dass diese Räumlichkeiten weder für Ausstellungen, noch Seminare, noch Büros geeignet sind. Diese Einschätzung wurde von der Bauverwaltung und durch eine erneute Besichtigung des Gemeinderats bestätigt. Die Güterhalle und der Kopfbau werden anderweitig genutzt und sind daher auch nicht für ein LDNS verfügbar. Daher schlägt der Verein als Alternative das ehemalige Standort-Lazarett auf dem Sand vor. Das Gebäude stammt aus der NS-Zeit, ist aber in Besitz des Landes und nicht so leicht erreichbar wie die Güterhalle. Die räumlichen Anforderungen stellen sich wie folgt dar: eine Ausstellungsfläche mit 160 m², einen Veranstaltungsraum mit 70m² und einen Büroraum.

Das LDNS möchte sein inhaltliches Konzept erweitern und neben der Zwangsarbeit auch die Rolle der Universität in der NS-Zeit thematisieren. Eine Zusammenarbeit mit der Universität und Stadt wird daher zukünftig angestrebt. Die hauptsächlichen Zielgruppen sind Jugendgruppen und Schulklassen, eine Zusammenarbeit mit Schulen ist deshalb vorgesehen. Konkrete Inhalte bezüglich des didaktischen Konzepts und der Zusammenarbeit mit der Universität wurden nicht vorgelegt.

Die Dauerausstellung soll mit digitalen Angeboten und Kopien von Archivalien (Stadtarchiv, Universitätsarchiv) und Exponaten aus dem Stadtmuseum bestückt werden. Wechsausstellungen können von anderen LDNS übernommen werden.

Die Finanzierung und die Höhe der benötigten Mittel ist noch offen, aber es werden sowohl für die Einrichtung als auch für den Betrieb kommunale und Landeszuschüsse in erheblicher Höhe benötigt.

2.3. Stellungnahmen

Nach der Vorstellung der Gruppen und der Präsentation des LDNS hatten die eingeladenen Expert_Innen (Prof. Johannes Großmann, Prof. Wolfgang Sannwald, Prof. Benigna Schönhagen, Prof. Hans-Joachim Lang, David Holinstat) Gelegenheit, Stellungnahmen abzugeben. Sie wiesen u.a. darauf hin,

- dass Zielgruppen von Erinnerungsarbeit und Bildungsarbeit sich verändern und neue Generationen neue Ansätze brauchen,
- dass Orte unterschiedliche Funktionen bei der Unterstützung von Erinnerungen haben, ihre Authentizität jedoch unzweifelhaft sein muss,
- dass ein wie auch immer geartetes Dokumentationszentrum nicht unbedingt an einen authentischen Ort gebunden sein muss, sondern dass es auf Zugänglichkeit ankommt,
- dass sich Erinnerungskultur nicht nur auf die Zeit des Nationalsozialismus beschränken sollte, sondern sich mindestens auch mit dessen Vorgeschichte wie auch Nachwirkungen beschäftigen muss,
- dass es Konzepte bedarf, wie und woran erinnert werden soll,
- dass für die Weiterentwicklung der Erinnerungsarbeit auch Beispiele aus anderen Kommunen hilfreich sein könnten,
- dass Erinnerung alleine nicht ausreicht, sondern ein Bezug zu Gegenwart und eigener Lebenswirklichkeit hergestellt werden muss.

David Holinstat richtete einen Appell an alle Beteiligten, dass das wichtigste Ziel die Förderung von Demokratie sein muss und dass Erinnerungskultur kein Selbstzweck sein darf.

Die schriftlichen Stellungnahmen der Expert_Innen liegen vor und können bei Bedarf dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden.

2.4. Räumlichkeiten in der vhs

Die Leiterin der vhs machte im Laufe des Workshops das spontane Angebot, Räume im Dachgeschoss der vhs zu nutzen. Es handelt sich um einen ca. 70-80 m² Bereich im 3. Obergeschoss, der als Seminarraum ausgebaut werden könnte, weitere kleinere Flächen könnten als Büros genutzt werden. Die Flure in drei Stockwerken würden sich gut als Ausstellungsfläche eignen. Außerdem kann die vhs bei Bedarf weitere Räume anbieten, sie verfügt über eine gute Infrastruktur (Café, großer Veranstaltungsraum, sehr gutes WLAN, Hausmeister etc.).

Bei der vhs in der ehemaligen Loretto-Kaserne handelt es sich um einen authentischen, historischen Ort, in dem sowohl der Erste Weltkrieg, die Weimarer Republik, die NS-Zeit und die französische Besatzung thematisiert werden könnten.

Allerdings müsste die vhs anderen Mietern (Ateliers, Zimmertheater) kündigen und eine genaue Prüfung der baulichen Gegebenheiten vornehmen. Zudem muss das Angebot noch intern und mit dem Vorstand geklärt werden. Auch über die Kosten des Umbaus können vorerst keine Angaben gemacht werden.

3. Vorgehen der Verwaltung

Der Workshop hat gezeigt, dass in Tübingen viele Vereine, Initiativen, Bildungseinrichtungen, aber auch die Stadtverwaltung mit dem Thema NS-Erinnerungskultur intensiv befasst sind und dies mit großem Engagement betreiben. Defizite ergeben sich vor allem bei der räumlichen Infrastruktur und der strukturierten Koordination der Initiativen und Projekte. Fehlende Veranstaltungs- und Seminarräume sind

ein Problem, das die Verwaltung seit längerem beschäftigt, sich jedoch mittelfristig nicht lösen lässt. Die Verwaltung weist immer wieder darauf hin, dass ein erster Schritt zur Problemlösung die gemeinsame Nutzung von Räumen ist; so werden jetzt wahrscheinlich der Kunstverein Shedhalle und PACT e.V. ein Büro gemeinsam nutzen. Daher wäre es zu überlegen und zu prüfen, ob die von der vhs angebotene Fläche für alle in der Erinnerungskultur aktiven Gruppen eingerichtet werden könnte. Diese stünden dann zum Beispiel auch der Stolpersteininitiative oder den Jugendguides zur Verfügung.

Der mehrfach geäußerte Wunsch einer Koordinierungsstelle für Erinnerungskultur ist leicht nachvollziehbar (erst kürzlich hat die Stadt Stuttgart eine solche Stelle ausgeschrieben), aber dies lässt sich mit dem vorhandenen Personal nicht umsetzen. Auf keine andere Sparte, außer auf die Schwerpunkte der Kulturkonzeption, verwendet der Fachbereich Kunst und Kultur so viele personelle Ressourcen wie auf die Erinnerungskultur. Ein weiterer Mehraufwand ist nicht zu leisten.

Bei einer erneuten Besichtigung der Güterhalle bzw. der darunter liegenden Keller durch den Gemeinderat am 22.10.21 wurde eine Nutzung durch ein LDNS ausgeschlossen. Es wird nun eine Besichtigung der Räumlichkeiten der vhs gemeinsam mit dem Gemeinderat und dem LDNS geplant. Allerdings sieht die Verwaltung nach wie vor zahlreiche Fragen unbeantwortet, die geklärt werden müssten, bevor eine definitive Entscheidung über ein LDNS getroffen werden kann. Die Stadt verfügt bereits über dezentrale Erinnerungsorte (Synagogenplatz, Gräberfeld X, Stolpersteine, NS-Geschichtspfad, Ausstellung im Stadtmuseum); braucht es daher einen zentralen Erinnerungsort? Was ist der Mehrwert des LDNS? Wie werden Doppelstrukturen vermieden? Welche Inhalte sollen vermittelt werden? Welche Themen und Epochen sollten behandelt werden? Was ist mit dem Blick auf die jüngere Zeitgeschichte? Welche Zielgruppen sollen mit welchem pädagogischen Konzept angesprochen werden? Wie wird die Beteiligung der Universität erreicht? Wie kann das Archiv als Bewahrer der Original-Quellen gestärkt werden? Wie sieht ein Betriebskonzept des LDNS aus? Wie soll die Finanzierung sichergestellt werden?

Um diese Fragen zu beantworten erscheint eine Expertise von außen sinnvoll, die mit Hilfe einer Bedarfsanalyse, einer Zielgruppenbefragung und einer inhaltlichen Untersuchung eine Empfehlung aussprechen könnte. Da dafür aber keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, wird die Verwaltung zunächst die Räumlichkeiten der vhs einer näheren Prüfung unterziehen und mit der vhs über die Nutzungsbedingungen sprechen.